

Politik

Liebe wissbegierige Mitmenschen,

wie wir alle wissen, wird das Wohlbefinden des Einzelnen wesentlich von sozialen Bedingungen mitbestimmt, die mit politischen Strukturen verzahnt sind. Beide Faktoren beeinflussen das Selbstbild und die Einstellung gegenüber dem Umfeld. Sie entscheiden darüber mit, inwieweit man sich und andere bejaht.

Da das Selbst des Einzelnen mit dem Selbst eines jeden anderen zusammenfällt, bedeutet Wertschätzung seiner selbst immer auch Wertschätzung des Anderen. Der Andere wird als *ebenbürtig* anerkannt.

Die *uneingeschränkte Wertschätzung* des Individuums ist der entscheidende Ausdruck seelischer Gesundheit. Das gilt für die eigene Wertschätzung ebenso wie für die eines jeden Anderen. Wertschätzung ist jedoch nicht selbstverständlich, uneingeschränkte Wertschätzung eher Ausnahme als Regel. Die Fähigkeit, wertschätzend mit sich und anderen umzugehen, wird wesentlich von Erfahrungen gebahnt, die man selbst im sozialen Umfeld macht. Ein grundlegender Faktor ist die *Anerkennung der Ebenbürtigkeit*.

Wird die Ebenbürtigkeit des Einzelnen vom sozialen Umfeld nicht anerkannt, heißt das wiederum nicht, daß ihm uneingeschränkte Wertschätzung unmöglich ist. Der Weg dorthin wird jedoch erschwert. Hierarchische Gesellschaftsstrukturen fördern psychologische Entwicklungen, die die Aufrechterhaltung pathogener Verhaltensmuster begünstigen. Die Hierarchien gesellschaftlicher Strukturen sollten daher so flach wie möglich gestaltet werden.

Jedes politische System, das den Wert der Individualität missachtet, indem es die Ebenbürtigkeit aller einer festgesetzten Rangordnung unterstellt, fördert seelische Erkrankungen. Entscheidend dafür, ob eine politische Ordnung die seelische Gesundheit fördert oder schädigt, ist ihr Respekt vor dem *Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen*. Bejaht die Ordnung das Recht, ist sie förderlich. Ignoriert sie es, schadet sie.

Ein großer Teil des menschlichen Lebens und seiner Selbstbestimmung findet in sozialen Gemeinschaften statt. Den übergeordneten Rahmen aller übrigen sozialen Strukturen bildet der Staat. Deshalb gehört das Mitbestimmungsrecht bei der Regelung staatlicher Belange zum *Selbstbestimmungsrecht des Individuums*.

Im Zeitalter von Informationstechnologie und globaler Vernetzung erweitert sich der Blick vieler über die Horizonte von früher hinaus. Da heute viele aus der Historie mehr wissen als früher, macht es Sinn, sie an Entscheidungen teilhaben zu lassen, die über alte Horizonte hinausreichen. Je mehr ein politisches System über den Kopf des Einzelnen hinweg entscheidet, desto mehr ignoriert es das Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Er greift in psychologische Gesetze ein, deren Beachtung für die seelische Gesundheit notwendig ist.

Die repräsentative Demokratie erkennt das Volk nur eingeschränkt als Souverän des Staates an. Vielmehr behandelt sie es als Objekt einer Obrigkeit. Sie wendet Mechanismen an, die die Gemeinschaft in Regierte und Regierende spaltet. Spaltung ist eine Grundlage von Misstrauen und Zwietracht. Was spaltet, erzeugt Hierarchien und psychosoziale Spannungen, die das Wohl vieler beeinträchtigen. Wenige regieren. Fast alle sind Regierte. Jedoch kann jeder inhaltlich mitbestimmen, wenn er Interesse daran hat. Die repräsentative Demokratie war im 19. und 20. Jahrhundert ein großer Fortschritt, nach dem Dritten Reich erst recht. Heute bleibt sie hinter den Erfordernissen der Zeit zurück. Das legt den Grundstein für Probleme, die später nur schwer

zu beheben sind. Stellen wir politische Entmündigung und Selbstwert einmal gegenüber, dann können wir folgendes unschwer erkennen:

- Wer in einem Umfeld lebt, das ihm kein wesentliches Mitspracherecht bei der Regelung gemeinsamer Belange einräumt, unterliegt dem Risiko, die abwertende Botschaft zu verinnerlichen. Da seine Ebenbürtigkeit vom Umfeld verneint wird, identifiziert er sich mit einem Selbstbild, das seinen Wert nur unvollständig bejaht.
- Wer im Alltag mehrheitlich Menschen begegnet, deren Eigenwert durch die soziale Hierarchie ebenso verneint wird wie der eigene, riskiert Individuen generell nicht als vollwertig zu betrachten. In der Regel wird eine solche Minderbewertung als normal angesehen und nicht bewusst erlebt. Sie äußert sich in wechselseitig respektlosem Umgang und egozentrischem Verhalten.
- Wer die Gesellschaft aus einem Gefühl der Ohnmacht heraus betrachtet, setzt pathogene Abwehrmechanismen ein:
 - Entweder neigt er dazu, die Mächtigen zu verklären. Er idealisiert sie und identifiziert sich mit der Aggressor.
 - Oder er wertet sie zur Abwehr eigener Selbstwertzweifel ab.

Oft macht er beides gleichzeitig, indem er die einen verklärt und die anderen abwertet. Ist die Verklärung an die Illusion geknüpft, den Mächtigen gehe es tatsächlich um sein Wohl, werden kindliche Erwartungen auf politische Strukturen übertragen. Sobald die Illusion zerfällt, kippt die Verklärung in Abwertung und Aggressionen um. Strukturelle Hierarchien leisten spaltenden Weltbildern Vorschub. Sie stabilisieren kindliche Denkmuster und machen die Gesellschaft anfälliger für radikalen Umbruch.

- Wer sein Selbst für ungenügend hält, überschätzt den Wert sozialer Ränge. Im Großen mögen das exponierte Positionen sein. Im Kleinen werden Ränge nicht selten durch Hubraum und PS bestimmt. Die Eroberung eines Rangs, der den Selbstwertzweifel zu heilen verspricht, wird zu einem überwertigen Ziel. Ich bin nicht irgendwer von denen, die niemand wirklich nach der Meinung fragt, sondern diese spezielle Person, die durch dieses oder jenes Merkmal zu etwas Besonderem geworden ist. Sobald man bereit ist, sich dem Ziel zu unterstellen, das Selbstwertgefühl durch Rang zu sichern, schürt man Selbstwertzweifel durch den Versuch, sie zu beheben.

Sowohl in der direkten Demokratie als auch in der repräsentativen hat die Stimme des Einzelnen keine große Bedeutung. Es gibt aber einen Unterschied. In der direkten Demokratie geht die Stimme des Einzelnen in der Vielzahl Gleichwertiger auf, in der repräsentativen prallt sie an einem Rangunterschied ab. Der Bundestag hat 631 Sitze. Mitbestimmen darf also einer von 130000. Alle anderen gehören zu einer Mehrheit, die reden kann, aber vier Jahre im Grunde nichts mehr zu sagen hat - es sei denn, sie haben eine Lobby. Eine Lobby ist eine Instanz, die an der Mehrheit vorbei auf die bestimmende Minderheit Einfluss nimmt, und damit zur eigentlich bestimmenden Minderheit wird. Wenn nur einer von 130000 abstimmen darf, ist es für Lobbyisten leicht, im Auftrag partieller Interessen Einfluss zu nehmen. Hätte jeder ein Mitspracherecht, wäre der Aufwand ungleich größer, der nur öffentlich von statten gehen könnte.

Wer partiellen Interessen an der Mehrheit vorbei Einfluss verschaffen will, wird gegen die direkte Demokratie Einwände haben.

Die Geschichte hat eine Vielzahl politischer Systeme hervorgebracht. Dabei sind zwei gegensätzliche Prinzipien auszumachen. Die überwiegende Zahl der Systeme sind als Mischformen zu erkennen, die dem einen oder dem anderen Prinzip jeweils näher stehen. Die gegensätzlichen Herrschaftsprinzipien unterscheiden sich darin, wie viele Personen befugt sind, politische Entscheidungen zu treffen.

Herrschaftsprinzipien:

<i>hierarchisch / autoritär</i>	<i>demokratisch / gleichberechtigt</i>
Einer entscheidet	Alle entscheiden
Absolute Monarchie Führerdiktatur	Direkte Demokratie

Rückständigkeit hat zwei Gesichter: Die Herrschaft Einzelner über viele und die Herrschaft der Vielen über den Einzelnen. Alle politischen Systeme können zwischen den genannten Polen eingeordnet werden. Die Entscheidungsbefugnis im Sinne des "letzten Wortes", liegt in autoritär-hierarchischen Systemen entweder in der Hand einer Person oder in der einer Gruppe, die sich zwecks Machterhalt gegen den Rest der Gemeinschaft verbündet.

Die *repräsentative Demokratie*, die vereinfachend als *Demokratie* bezeichnet wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als Zwischenform. Sie ist keineswegs so autoritär wie ein diktatorisches System. Trotzdem hat auch in einer repräsentativen Demokratie nur ein winziger Bruchteil der Bevölkerung das Recht, bei politischen Fragen tatsächlich mitzuentcheiden. Daß der Mehrheit zugestanden wird, zu entscheiden, wer an ihrer Stelle entscheidet, kann nur mit Abstrich als *demokratisch* im vollgültigen Wortsinn bezeichnet werden. Geht Demokratie nicht über die Wahl von Repräsentanten hinaus, hat man nach der Stimmabgabe nur noch eine Stimme, die wirkungslos verhallt.

Das Kernmotiv der Demokratie ist das Mitbestimmungsrecht des Einzelnen. Je mehr Mitbestimmungsrecht ein System dem Einzelnen vorenthält, desto weniger wird es dem Begriff Demokratie gerecht.

Demokratie ist ein politisches Prinzip, das zwischen den Interessen der Mitglieder einer Gemeinschaft so vermittelt, daß die Ebenbürtigkeit der Individuen dabei respektiert wird. *Demokratie* heißt *Volksherrschaft*; von griechisch: *demos* (δημος) = *Volk* und *kratein* (κρατειν) = *herrschen*. Grundprinzip jeder Volksherrschaft ist die rechtliche Gleichheit aller Individuen, aus denen sich das Volk zusammensetzt.

In einer Demokratie ist das Volk Souverän des Staates. Als Souverän stimmt es über politische Sachfragen ab. Da jeder Bürger das gleiche Stimmrecht hat, wird die Ebenbürtigkeit der Individuen beachtet. Eine Abwertung durch asymmetrische politische Strukturen kommt nicht zustande. In der Demokratie sind Politiker und Parteien dem Volk unterstellt. Aufgabe demokratischer Politiker ist es, alternative Gesetzentwürfe zu verfassen, die sie dem Volk zur Entscheidung vorlegen. In der Demokratie beschäftigen sich Politiker nicht nur mit dem, was sie selbst für wichtig halten. Vielmehr gibt es Wahlverfahren, durch die das Volk der Politik Aufträge verbindlich zuweisen kann.

- Wenn das Volk die Politik beauftragt, die Mehrwertsteuer neu zu regeln, sind ihm in einem festgelegten Zeitraum Gesetzentwürfe zur Entscheidung vorzulegen.

- Wenn das Volk will, daß über die Zeitumstellung abgestimmt wird, dann erfolgt das auch.

Vielen fiele es leichter, Zumutungen hinzunehmen, wenn die Zumutungen von allen und nicht nur von der Interessensvertretung einer Gruppe beschlossen würden.

<i>Demokratische Wahlen und ihre Bedeutung</i>	
<i>Worüber abgestimmt wird</i>	<i>Bedeutung</i>
<i>Gesetzesvorlagen der Politiker</i>	Das Volk entscheidet in Sachfragen, was es für richtig hält.
<i>Probleme, die zur Klärung zu bearbeiten sind</i>	Das Volk als Souverän seiner selbst ist politisch aktiv. Es wird nicht regiert. Es regiert sich selbst.
<i>Inhaber politischer Ämter</i>	Über die Besetzung wichtiger politischer Ämter entscheiden nicht die Parteien, sondern das Volk.
<i>Parteien</i>	Auch in der direkten Demokratie werden Parteien gewählt. Ihr Einfluss ist aber geringer als in der repräsentativen.
<p><i>Zweierlei Wahlen der direkten Demokratie</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Volk wählt, was zu regeln ist. 2. Das Volk wählt, wie es geregelt wird. 	

Auch in der direkten Demokratie spielen Parteien eine Rolle. Als Vertreter gesellschaftlicher Flügel betonen sie in den Parlamenten potenziell mehrheitsfähige Positionen. Da in der direkten Demokratie aber nicht wechselnde Parteien herrschen, sondern immer nur das eine Volk, treten parteipolitische Prozesse in den Hintergrund.

Die Besetzung politischer Ämter hängt in der direkten Demokratie nicht von der Mitgliedschaft in Parteien ab. Sie wird durch fachliche Qualifikation und Verdienste bestimmt. Wenn das Volk ihm vertraut, kann ein Minister unabhängig vom Wahlerfolg seiner Partei dauerhaft im Amt bleiben.

Direkte Demokratie ist freier Markt. Jeder packt in den Korb, was er kaufen will. Im Parteiensystem knüpfen Großhändler Fresspakete. Gurken bekommt nur, wer auch Mettwurst nimmt...

Die seelische Gesundheit des Menschen hängt im Wesentlichen davon ab, ob es ihm gelingt, die widersprüchlichen Pole des psychologischen Grundkonflikts miteinander zu versöhnen. Direkte Demokratie ist das einzige politische System, das weder dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit noch dem nach Selbstbestimmung grundsätzliche Hürden entgegensetzt.

In der repräsentativen Demokratie ist der Wähler auf die Fresspakete weniger Großhändler angewiesen. Dank der Fünf-Prozent-Hürde, bekommt er für seine Stimme im Tante-Emma-Laden nichts. Das fördert das Geschäft der Großhändler, führt aber dazu, daß der Wähler keine Möglichkeit hat, an der Urne nicht auch gegen seine Interessen abzustimmen. Wählt er eine Partei, ist er gezwungen, auch für Positionen zu stimmen, die er für falsch hält. So schließt repräsentative Demokratie Menschen entweder ganz von politischen Entscheidungen aus oder nötigt sie, dem eigenen Urteil entgegen zu handeln. Je ohnmächtiger man sich fühlt und je mehr man daher glaubt, die Welt beeinflussen zu müssen, desto radikaler werden die Positionen, die man formuliert. Radikalität wird als Kraft empfunden, die zur Beeinflussung der Welt

aufgewendet wird. Nur selten ist es aber eine Kraft, deren Einfluss Gutes tut. Ein Staat, der Radikalität verhindern will, ist gut beraten, seinen Bürgern überflüssige Bevormundung zu ersparen.

Sich durch Wahlverzicht selbst auszuschließen, verstößt gegen das Bedürfnis nach Zugehörigkeit. Zuzustimmen gegen den eigenen Verstand mutet dem Selbstbestimmungsrecht Kompromisse zu, die nicht guttun. In der direkten Demokratie kann man *ja* sagen, wenn man *ja* meint und *nein*, wenn man dagegen ist. In der repräsentativen gibt es meist nur Jein und Naja. Unklare Positionen fördern Irrationalität. Indem die repräsentative Demokratie die Bürger dazu zwingt, an der Urne Entscheidungen zu treffen, hinter denen sie nur zähneknirschend stehen, riskiert sie eine Unzufriedenheit, die frustrierte Bürger im schlimmsten Fall in die Hände Radikaler treibt.

Die repräsentative Demokratie, die uns heute regiert, ist zwar Etappenziel, aber nicht demokratisch genug. Anstatt die Mehrheit durch Abstimmungen Sachfragen entscheidet, wird ihr bloß zugestanden, darüber zu entscheiden, welche Partei in Zukunft entscheiden wird. Die Macht des Volkes wird an Lobbyisten abgetreten.

In der repräsentativen Demokratie sind verschiedene Ebenen des Lobbyismus miteinander verzahnt. Nicht nur daß sich die Parteipolitiker mit Lobbyisten verschiedener Interessengruppen absprechen - sie selbst sind Lobbyisten ihrer Wähler. Allerdings vertreten sie deren Interessen nur mit gebrochener Treue, da sie einen großen Teil ihrer Aufmerksamkeit auf das eigene Fortkommen verwenden. Die Wahrung gemeinschaftlicher Interessen wird durch die persönlichen Interessen ihrer Bewahrer gefährdet.

Der Begriff *repräsentative Demokratie* verschleiert, was tatsächlich geschieht. Er unterstellt, daß ein Herrscher sich in Sachen Herrschaft vertreten lassen kann. Das ist widersinnig. Niemand herrscht, wenn er die Herrschaft an andere abtritt.

In der repräsentativen Demokratie gibt der Einzelne bei den Wahlen tatsächlich seine Stimme ab. Mit der Stimmabgabe stimmt er seiner politischen Entmündigung zu. Herrschaft übt das Volk nach der Wahl nicht mehr aus. Vielmehr wird es von oben herab regiert. Die repräsentative Demokratie erfüllt wesentliche Kriterien des Begriffs *Demokratie* nur zum Teil.

Während direkte Demokratie jeden Einzelnen vollgültig zur Teilnahme an der Gemeinschaft einlädt und damit die Tür zur Zugehörigkeit ebenso offenhält wie die zur Selbstbestimmung, entmündigt Parteienherrschaft die Mehrheit des Volkes in politischen Fragen. Damit bedingt sie ein gesellschaftliches Klima latenter Entwertung und chronischer Unzufriedenheit. Viele haben das Gefühl, daß sie von denen da oben nicht ernst genommen werden, daß man zwar nicht vor ihnen zu Kreuze kriechen muss, daß man aber als bloßer Kreuzemacher betrachtet wird.

Jedes System, das das Mitspracherecht des Volkes und damit der Individuen, aus denen es besteht, durch die Herrschaft einiger über alle anderen untergräbt, schürt soziale Spannungen.

Die repräsentative Demokratie zwingt Politiker dazu, persönliche und gemeinschaftliche Interessen miteinander zu verstricken. Für Karrieren werden Entscheidungen getroffen, die dem Gemeinwohl nicht selten abträglich sind. Viele Menschen werden in diesem System von der Idee einer solidarischen Gemeinschaft entfremdet. Eine öffentliche Ordnung, die parteiliche

Interessen betont, schwört den Zeitgeist auf egozentrisches Konkurrenzdenken ein. Mehr als es sowieso schon ist, wird jeder zur Partei der eigenen Person.

Der Begriff *Partei* geht auf das lateinische *pars = Teil* zurück. Parteien repräsentieren Teile des Volkes, nicht aber das Volk als Ganzes. Die Herrschaft einer Partei ist niemals eine Herrschaft des Volkes. Das Volk ist eine plurale Ganzheit. Auch bei seinen Entscheidungen werden Sichtweisen überstimmt. Trotzdem trifft das Volk in der direkten Demokratie wichtige Entscheidungen stets als Ganzes.

Nachteile der repräsentativen Demokratie:

- Die Parteienherrschaft erfindet künstliche Grenzen. Statt die spontane Pluralität der Sichtweisen gewähren zu lassen, fördert sie die Spaltung des Volkes in rivalisierende Lager.
- Je vielschichtiger der Einzelne denkt, desto weniger kann er sich widerspruchlos mit den Zielen einer Partei identifizieren. Wer für eine Partei stimmt, weil er einige Programmpunkte bejaht, muss Ziele befürworten, deren Sinn er verneint. Wer gegen deutsche Truppen in Afghanistan stimmt, wird unversehens zu einem Gefolgsmann von Karl Marx. Wer bei der Wahl den Einfluss des Islam für bedenklich erklärt, sitzt prompt mit Rassisten in einem Boot. Die repräsentative Demokratie bringt absurde Koalitionen hervor. Je differenzierter man über politische Fragen denkt, desto mehr reibt man sich an den Strukturen einer repräsentativen Demokratie. Die Strukturen der repräsentativen Demokratie fördern aus ihrer Eigendynamik heraus eine Entdifferenzierung des politischen Denkens.

Die Herrschaft der Parteien verengt die Abwägung komplexer Sachfragen aktiv, indem sie einseitigen Sichtweisen ständige Medienpräsenz verschafft. Parteikonforme Sichtweisen sind die kleinsten gemeinsamen Nenner der jeweiligen Partei. Sie vergrößern den Blick auf Sachverhalte, da differenzierte Betrachtungen die Bildung gemeinsamer Nenner erschwert.

- In der repräsentativen Demokratie sind Politiker gezwungen, einen großen Teil ihrer Kraft auf innerparteiliche und zwischenparteiliche Machtkämpfe zu konzentrieren. Das schmälert den Raum, um sich um Sachfragen zu kümmern.
- Der ständige Kampf um Positionen im Parteiensystem bevorzugt Persönlichkeiten, deren Hauptkompetenz im Bereich taktischer Gruppendynamik liegt. Nur selten haben solche Persönlichkeiten den größten Sachverstand auf den politischen Feldern, die sie im nächsten Schritt verwalten. Das Vermögen, in Sachfragen opportunistisch zu sein, ohne daß Gewissensbisse plagen, ist eine Mitgift auf dem Weg nach oben.
- Da die Meinung der Bürger nur soweit zählt, wie es gilt, der eigenen Partei bei den Wahlen Sitze zu sichern, verliert der Abgeordnete das Interesse an dem, was der Wähler in der Zwischenzeit will. Er richtet seine Entscheidungen an denen aus, denen er tatsächlich begegnet: Repräsentanten partieller Interessen und anderer Staaten.
- Die repräsentative Demokratie verwebt die persönlichen Interessen der Volksvertreter mit notwendigen Entscheidungen der Gemeinschaft. Der Begriff *Volksvertreter* ist bereits irreführend. Tatsächlich gibt es im Parteiensystem keine Volksvertreter, sondern Vertreter rivalisierender Gruppen. Der Abgeordnete ist formal zwar frei, nach bestem Wissen zu entscheiden, oft aber nur zu dem Preis, daß er dadurch seinen Arbeitsplatz riskiert. Da der Arbeitsplatz des Politikers ständig durch Wahlerfolge seiner Partei gesichert werden muss, werden in der repräsentativen Demokratie große Summen in

den Kauf von Wählerstimmen investiert. Statt beim Geldausgeben das Gemeinwohl ungetrübt im Blick zu halten, verführt das System dazu, zum Nachteil der Gemeinschaft Wahlgeschenke zu verteilen.

Wer die Meinungen des Volkes aufgreift, wird von den übrigen Demokraten prompt als *Populist* beschimpft. Das zeigt, wie sehr repräsentative Demokraten ihr Volk von oben herab betrachten. *Populist* bezieht sich auf lateinisch *populus* = *Volk*. Wer über das, was das Volk tatsächlich denkt, die Nase rümpft, ist ein fragwürdiger Demokrat - auch dann, wenn die wahren Absichten der meisten Populisten gewiss noch fragwürdiger sind.

Das Volk begegnet Lobbyisten nicht. Stattdessen begegnet es der eigenen Realität. Aus deren Kenntnis heraus kann es besser als ein Abgeordneter entscheiden, was wirklich ansteht.

Der Begriff *Abgeordneter* benennt ein wesentliches Problem der indirekten Demokratie. *Ab* heißt *weg*. Der Ab-geordnete verlässt die Lebenswelt derer, die er anderswo vertritt. So verliert er den Kontakt zu deren Realität. Wer Berufspolitikern zu viel Befugnis einräumt, lässt Personen über Sachfragen bestimmen, die der Konfrontation damit enthoben sind.

Innerhalb ihrer Partei stehen Politiker unter hohem Druck. Stets müssen sie ihre Sichtweisen der Parteilinie anpassen. Wer authentisch ist und kompromisslos zu dem steht, was er tatsächlich denkt, wird Außenseiter.

Im Kontakt mit dem politischen Gegner findet man das Gegenteil. Hier wird Kompromissunfähigkeit zur Regel. Zu beobachten ist das Phänomen bei Diskussionsrunden im TV. Echte Kommunikation (lateinisch *communicare* = *gemeinschaftlich tun, mitteilen*) findet dort kaum statt. Statt zu versuchen, die Sichtweise des Gegners zu verstehen und einen Mittelweg zu finden, betreibt man *Diskussion*. Der Begriff entspringt dem lateinischen Verb *discutere* = *zerschlagen, zerlegen*. *Discutere* geht seinerseits auf *quatere* = *schütteln, stoßen, beschädigen* zurück.

Bei der Diskussion wird nicht zugehört, sondern auf ein passendes Stichwort gewartet, um die eigene Sichtweise als einzig richtig darzustellen und die Sichtweisen des Gegners vom Tisch zu fegen. In der Diskussion wird nichts Gemeinsames getan, sondern der Gegner wird beschädigt.

Zwischen dem innerparteilichen Druck zur Konformität und der mangelnden Kompromissfähigkeit nach außen besteht eine kausale Wechselwirkung. Sie ist politisch und psychologisch begründet.

- Der **politische Grund** liegt im Machtkampf der Lager. Für den Wahlsieg scheint es nützlich, innerparteilich mehr Einigkeit vorzutäuschen, als tatsächlich besteht und im Umgang mit anderen Sichtweisen so zu tun, als sei die eigene über jeden Zweifel erhaben.
- Der **psychologische Grund** liegt in der innerseelischen Dynamik des psychologischen Grundkonflikts. Die Aggression, die durch den Konformitätsdruck parteiintern entsteht, wird durch Abwertung des Gegners nach außen abgeführt.

Politische Parteilichkeit ist eine Sozialisierung der Egozentrizität. Maßstab des Ego ist Vorteil, nicht Wahrheit. Für Wahrheit interessiert sich das Ego zwar durchaus, aber nicht um der Wahrheit willen, sondern um des Nutzens, den es aus ihrer Kenntnis ziehen könnte. Daher ist

das Ego stets bereit, Wahrheiten, die seinem Vorteil nichts nützen, zu ignorieren, zu verleugnen oder zu verfälschen.

Der zur politischen Partei sozialisierte Egoismus einer Gruppe behandelt Wahrheit in gleicher Weise. In der Folge sind Selbstbetrug, Lüge und Vertuschung umso mehr Bestandteile eines politischen Systems, je mehr es Parteien zu den dominierenden Kräften der Gesellschaft macht.

Denn Wahrheit ist unparteiisch!

Strenggenommen hat Deutschland *keine* demokratisch legitimierte Regierung. Das geltende Grundgesetz ist ein großer Entwurf. Seine Qualität stellt alles in den Schatten, was bis dahin da war. Das Grundgesetz wurde aber nicht vom Volk, also demokratisch beschlossen, sondern vom *Parlamentarischen Rat*. Dieser bestand aus Mitgliedern 1949 bereits bestimmender Parteien. Das vom Rat erlassene Grundgesetz schließt Volksentscheide weitgehend aus. Vorgesehen ist ein Volksentscheid eigentlich nur für den Fall einer Neuaufteilung der Bundesländer. Stattdessen legt es jene Machtstrukturen fest, aus denen heraus es entstand. Es ist darauf zugeschnitten, die Strukturen des Parteiensystems festzuschreiben.

Volksentscheide oder Bürgerbegehren sind in den Landesverfassungen vorgesehen. Ihre politische Wirksamkeit ist jedoch entscheidend beschnitten. Zum einen gibt es für die Initiatoren eines Volksentscheids erhebliche organisatorische, bürokratische und finanzielle Hürden. Zum anderen sind Volksentscheide über wirklich wichtige Themen gar nicht zulässig. So darf ein Volksentscheid nicht das Grundgesetz selbst verändern - und damit genau jene Ordnung, die den Parteien das alleinige Beschlussrecht über alle wichtigen Fragen des Staates zuweist.

Das Unvermögen des Parteiensystems, Antworten auf drängende Fragen zu finden, beunruhigt viele. Viele reagieren darauf mit Angst, Wut oder Resignation. Dem Problem kann durch die Erweiterung von Mitspracherechten der Wähler begegnet werden. Nicht mehr Bürokratie ist das Mittel der Wahl, sondern mehr Demokratie.

Wie unbedeutend die Sichtweisen des Volkes für die derzeitige Grundordnung sind, zeigt die Auswirkung der Wahlbeteiligung auf die Besetzung der Parlamente. Ob das Volk wählt oder nicht, hat keine Bedeutung. Für ein gültiges Wahlergebnis reicht es aus, wenn sich die Abgeordneten selber wählen. Auch wenn niemand sonst den Kandidaten das Vertrauen ausspricht, kann das Volk sie nicht daran hindern, alle verfügbaren Sitze in den Parlamenten mit sich selbst zu besetzen.

Das Grundgesetz ist so konzipiert, daß es für zukünftige Generationen nur schwer zu verändern ist. Dadurch liegt die Gegenwart im Korsett vergangener Sichtweisen. Die heute Lebenden werden durch Verstorbene fremdbestimmt.

Die Befürworter der repräsentativen Demokratie begründen ihren Widerstand gegen eine direkte Demokratisierung mit der Sorge, ein sich selbst bestimmendes Volk wähle Diktatur, Krieg und Barbarei. Sie verweisen auf das Dritte Reich und übersehen dabei Entscheidendes:

- Die repräsentative Demokratie entzieht dem Volk den größten Teil seines Mitspracherechts. Sie ermutigt es damit nicht zur Verantwortlichkeit. Die Gefahr, daß sich als Folge der Entmündigung des Einzelnen Wut zusammenbraut, die radikale

Positionen an die Hebel der Macht versetzt, ist in der repräsentativen Demokratie größer als in der direkten. Wir wissen, daß genau das bereits geschehen ist.

- Das Dritte Reich ist nicht aus einer direkten Demokratie heraus entstanden, sondern aus einer repräsentativen. Die Ermächtigung erfolgte nicht durch das Volk, sondern durch Parteien. Durch ein System, in dem die Bürger über wichtige Fragen selbst entscheiden, wird die Vorbereitung eines Krieges ebenso erschwert wie die Abschaffung von Freiheitsrechten oder die Planung eines Völkermords - weil beides überhaupt erst nach öffentlicher Diskussion und Volksentscheid betrieben werden könnte.

Es gibt eine demokratische Grundregel. Sie drückt das Wesen der Demokratie aus:

- *Der Zugang zur Neubestimmung aller übrigen Rechtsordnungen ist dem Volk offen zu halten.*

Ein gesellschaftliches Klima, das die seelische Gesundheit der Bürger fördert, ist ohne Garantie der individuellen Grundrechte nicht denkbar. Zu diesen Rechten zählen:

- Unversehrtheit des Leibes
- Meinungs-, Presse- und Redefreiheit
- Versammlungsfreiheit
- Reisefreiheit
- Schutz des Privateigentums

Obwohl diese Rechte per Volksentscheid abgeschafft werden könnten, gibt es nur wenig Grund zur Sorge, daß dies in einer direkten Demokratie wahrscheinlicher als in einer repräsentativen wäre. In einer repräsentativen Demokratie braucht das Volk nur rechts- oder linksradikal zu wählen. Schon sind die Bürgerrechte in Gefahr. So grundlegend Bürger- und Menschenrechte auch sind, sie sind nicht zwingend demokratisch. Auch eine Diktatur könnte diese Rechte gewähren, wenn sie auf dem staatlichen Gewaltmonopol beharrt und es keine juristischen Mittel gibt, den Diktator friedlich zu stürzen. Wie man weiß, ist der Respekt vor den Menschenrechten aber umso größer, je demokratischer es zugeht. Auch in einer direkten Demokratie könnte man die Grundrechte durch hohe Hürden vor übereilten Entscheidungen schützen.

Wohlgermerkt: Radikale Sichtweisen sind Frühindikatoren gesellschaftlicher Spannungen. Es ist klug, sie ernst zu nehmen. Auch wenn sie perspektivisch verzerrt sein mögen und in ihrer Verzerrung gefährlich, macht es Sinn herauszuhören, welches Problem die Radikalität benennt. Nur dumme Menschen meinen, daß der politische Gegner völlig im Unrecht ist. Die klugen nehmen Radikalismen rechtzeitig den Wind aus den Segeln.

Das häufigste Argument gegen die Einführung direkter Demokratie ist die Sorge, das Volk werde Demagogen folgen, gäbe man ihm das Recht, politische Entscheidungen inhaltlich selbst zu treffen. Nur die repräsentative Demokratie könne uns davor bewahren, daß das Volk in seiner Blindheit das Böse an die Macht versetzt. Die Blindheit scheint aber eher bei den Verfechtern der repräsentativen Demokratie zu liegen. Hitler wurde keinesfalls direkt demokratisch gewählt. Sein Aufstieg erfolgte in einer repräsentativen Demokratie, also in genau demselben System, das heute glaubt, es schütze uns vor dem, was es selbst hervorgebracht hat.

Demagogie geht auf griechisch *demos* (δημος) = Volk und *agein* (αγειν) = führen zurück. Der Begriff bezeichnet das Bestreben, das Volk davon abzuhalten, politisch für sich selbst zu stehen und sich stattdessen Führern anzuvertrauen. Erfolgreiche Demagogen sitzen heute im

Parteivorstand und warnen das Volk vor sich selbst. *Haltet den Dieb!* ruft der Dieb und zeigt in die Menge der Bestohlenen. Dabei weiß jeder, der die Geschichte kennt, daß sich kaum ein Land je so wenig politisch verirrt hat, wie die einzige direkte Demokratie, die es seit Jahrhunderten gibt: Die Schweiz.

Neben dem politischen System spielen wirtschaftliche Faktoren eine große Rolle bei der Frage, wie der Einzelne seine Position in der Gesellschaft erlebt. Da die gesellschaftliche Position bei den meisten Menschen nachhaltigen Einfluss auf das psychische Befinden hat, ist Wirtschaftspolitik ein Thema, das auch die Psychiatrie angeht. Immer mehr Menschen leiden unter psychischen Störungen, die als Folgen einer Entwicklung zu erkennen sind, die Menschen wirtschaftlichen Kräften aussetzt, denen sie nichts entgegenzusetzen haben. Viele bleiben schiere Opfer dieser Kräfte. Sie finden keine kreative Antwort. Dabei sind zwei polare Muster zu erkennen, die sich wechselseitig verstärken:

- a) Die einen werden gesellschaftlich marginalisiert. Sie verbleiben oder rutschen ins Prekariat.
- b) Den Anderen werden in der Arbeitswelt Belastungen zugemutet, die sie zunehmend auszehren.

<i>Sinnverlust durch Ausgrenzung = Bore-out</i>	<i>Sinnverlust durch Vereinnahmung = Burn-out</i>
Welchen Sinn macht das Leben, wenn es keine Aufgabe mehr gibt, die man erfüllen kann?	Welchen Sinn macht das Leben, wenn es nur Abfolge von Aufgaben ist, die man erfüllen muss?

Drei Faktoren sind für diese Entwicklung ausschlaggebend:

1. Durch die technologische Entwicklung wird die Arbeitswelt komplizierter. Der Anspruch, den man erfüllen muss, um KFZ-Mechaniker zu werden, ist heute ungleich höher als vor 30 Jahren. Aus Mechanikern wurden Mechatroniker.
2. Die globalisierte Wirtschaft nutzt Lohn- und Preisgefälle konsequent. Komplette Branchen werden dorthin verlagert, wo minimaler Lohn zu zahlen ist. Verkauft werden die Waren, wo der höchste Preis bezahlt werden kann. Die Gewinner der Globalisierung machen gute Geschäfte. Wer nicht mithalten kann, geht in die Pleite.
3. Verwaltungsvorschriften werden zunehmend dirigistischer. Zum technologisch bedingten Druck in der Arbeitswelt kommt ein bürokratischer Aufwand, der Abläufe optimieren soll, an sachlichen Notwendigkeiten jedoch vorbeigeht. Ursache sind Politiker, die von der Lebenswelt der Regierten kaum etwas wissen.

Prekariat ist ein moderner Begriff. Er geht auf das lateinische *precari = bitten, betteln* zurück. Er benennt eine gesellschaftliche Schicht, deren soziale Position als *prekär*, also als misslich, heikel und schwierig angesehen wird. Das Prekariat ist jener Teil der Gesellschaft, deren ökonomische Absicherung dauerhaft infrage steht.

Die Soziologie (Robert Castel 1995) ordnet dieser Schicht nicht nur reine Empfänger von Sozialleistungen zu, sondern auch Menschen, die ihr Mindesteinkommen nur gerade mal so, unter laufender Ausnutzung kurzzeitiger Gelegenheiten, aus eigener Kraft erwirtschaften. Viele prekär Beschäftigte schwanken zwischen Job und Stütze hin- und her. Oder sie sind trotz Job auf zusätzliche Unterstützung angewiesen.

Zum Prekariat gehören vor allem Menschen, die aus sozialen, intellektuellen, psychologischen oder gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sind, beim Wettlauf um bürgerliche Existenzen mitzuhalten. Eine wesentliche Ursache für das stete Anwachsen des Prekariats ist der Export geeigneter Arbeitsplätze in Billiglohnländer.

Am anderen Pol der Gesellschaft stehen die komplex Leistungsfähigen. Sie erwirtschaften den überwiegenden Teil des Sozialprodukts. Während das vor dem Siegeszug der Wirtschaftsglobalisierung zu bewerkstelligen war, ohne daß die Work-Life-Balance aus den Fugen geriet, wird das Dabeisein seitdem energetisch immer kostspieliger.

Der Begriff *Work-Life-Balance* ist vielsagend. Eigentlich gehört Arbeit zum Leben dazu. Der Begriff formuliert beides jedoch als Gegensatz. Er tut das, weil Arbeit immer mehr zu einer Zumutung wird, vor der man den Rest des Lebens schützen muss.

Ein weiterer Anglizismus verdeutlicht das Problem: *Human Resources*. Ressourcen (lateinisch *resurgere = hervorquellen*) sind Grundstoffe, die beim Wirtschaftsprozess zu höherwertigen Gütern verarbeitet werden. Der Gebrauch des Begriff belegt, daß der Mensch im Zeitalter der Just-in-time-Produktion als Grundstoff betrachtet wird, der durch den Prozess ebenso aufzubrauchen ist wie Öl, Holz- oder Siliziumvorkommen.

Während das Prekariat Ausgrenzung erlebt, weil es für die Wirtschaft nicht mehr verwendbar ist, erlebt die Schicht der Leistungsfähigen eine zunehmend bedrückende Vereinnahmung durch die Maximierungsdynamik der Wirtschaft. Sie werden für zwei Zwecke missbraucht:

1. wachsende Gewinne für die grenzüberschreitende Wirtschaft zu erarbeiten
2. den Lebensunterhalt für das Prekariat zu erwirtschaften und die Kosten zu tragen, die dessen soziale Entwurzelung nach sich zieht

Der Prozess der Globalisierung ist unumkehrbar. Er bietet große Chancen für die Menschheit. Den Chancen stehen jedoch Gefahren gegenüber. Die Globalisierung führt zu Machtstrukturen und technologischen Möglichkeiten, die die Bedeutung des Einzelnen noch weiter in den Hintergrund zu drängen drohen, als sie es von jeher schon war.

Direkte Demokratie ist eine Möglichkeit, einseitige Entwicklungen auszugleichen. Direkte Demokratie gibt dem Einzelnen den politischen Einfluss zurück, den er durch die Globalisierung verliert!

Gemeinschaft der Menschen

Im März 2019

<http://zds-dzfmr.de/>